

Wiener Lebensmittelfragen.

Gestern vormittag trat die Obmännerkonferenz der Gemeinderatsparteien neuerlich zusammen, um die Berichte der Magistratsorgane entgegenzunehmen und über die vorliegenden Mißstände zu beraten. Dabei brachte Abgeordneter Neumann die Beschwerden der Arbeiterschaft zum Ausdruck, die infolge der viel zu geringen Zuweisungen der staatlich bewirtschafteten Artikel an die Konsumvereine und durch die Zurücksetzung in den privaten Geschäften oft tagelang unversorgt bleibt.

Die Organisationen konnten sich diesem Bedürfnis nicht verschließen und haben Vorbereitungen getroffen, um einen Kriegsverband zur raschen und gleichmäßigen Verteilung der staatlich bewirtschafteten Artikel (Brot, Mehl, Kartoffeln, Zucker, Kaffee u. s. w.) ins Leben zu rufen. Der Kriegsverband soll aus wirtschaftlichen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen (Gewerkschaften, Konsumvereinen) paritätisch zusammengesetzt sein und eine „Lebensmittelzentrale“ für das Industriegebiet Wien schaffen. Sie ist auf Kriegszeit berechnet. Nach dem Abschluß der Gründungsarbeiten und sobald die Zentrale ihre Tätigkeit aufnimmt, wird darüber ausführlich berichtet werden. Dieser Kriegsverband beschäftigte gestern schon die Obmännerkonferenz der Gemeinde. Der Magistrat beschäftigt sich etwas spät mit den Abwehrmaßnahmen gegen die Anstalten.

Kartoffeln und Gemüse.

Die Kartoffelzufuhr ist nach dem Bericht des Magistratsrates Dr. Ehrenberg gegenwärtig befriedigend und die Dotierung der Märkte in den letzten drei Tagen war reichlicher als jemals. Trotzdem hat das Ansehen abermals eine Zunahme erfahren, so daß es den Anschein hat, als ob auch von den Wiener Märkten auswärtiger Bedarf gedeckt werde. Bei dieser starken Nachfrage sei die Gemeinde nicht in der Lage, Reserven anzufammeln. Gemeinderat Neumann erklärte die starke Nachfrage nach Kartoffeln durch die frühzeitig eingetretene Gemüselnappheit und Gemeinsteuerung, deren Ursache zu erheben wäre. Neben den hohen Preisen, die den Produzenten bewilligt werden müssen, scheinen die Kleinverkaufspreise zu hoch gegriffen zu sein. Erwünscht wäre der Obmännerkonferenz, die Zufuhrzahlen und die Preistabellen, die unmittelbar vor der Sitzung geltend seien, vorgelegt zu erhalten, damit auch zur Versorgung der Bevölkerung mit Gemüse rechtzeitig geeignete Maßnahmen getroffen werden könnten. Vizebürgermeister Rain meinte, daß auch bei Gemüse Vorkauf eine Rolle spielen, sonst würde der Gemüsemarkt noch geringer besetzt.

Keine Kartoffeln für Wien!

Gemeinderat Dr. Schwarz-Siller beklagt, daß es nicht möglich sei, in der Nähe von Wien Kartoffeln für Wien zu beschaffen. Die Gegend von Korneuburg und Stoderau habe auf Verfügung der Militärverwaltung fünfshundert Waggons Kartoffeln für die Munitionsfabriken von Wöllersdorf abzuliefern. Da sei es begreiflich, daß die Lebensmittelversorgung für Wien nicht erleichtert werde. (Die Munitionsarbeiter müssen doch mindestens Kartoffeln bekommen! D. Red.) Dr. Ehrenberg hob hervor, daß der große Versorgungsplan, der im

Ministerium des Innern ausgearbeitet wurde, von der Produktion dieser Gegend die Südbahngemeinden zu versorgen in Aussicht nimmt. Gemeinderat Starret fragt an, ob die Kartoffelstückgutsendungen wieder eingestellt wurden. Bei der Erörterung dieser Frage wurde festgestellt, daß ohne Transportbefreiung seit kurzer Zeit die Beförderung solcher Stückgüter nicht erfolge. Schließlich wurde angeregt, die Befreiung aufmerksamer zu machen, daß zur Verhinderung des Verderbens von Kartoffeln, die aufbewahrt werden sollen, ein Konservierungsverfahren unerlässlich sei. Die Debatte mündete sich der Einführung einer

Mehleinkaufskarte

und der Rationierung des Mehlsverkaufes zu, worüber noch berichtet werden soll. Gemeinderat Neumann fordert, daß die Dotierung der Konsumantenorganisationen und des Kriegsverbandes mit Lebensmitteln, also auch mit Mehl, nicht der Gemeinde zufalle, sondern direkt von den Zentralstellen erfolge. Die Konsumvereine haben zur Zeit, als sie von der Kommune Wien bedient wurden, schlechte Erfahrungen gemacht und wehren sich daher gegen eine Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes. Was die Karte betrifft, so müsse sich diese auf das ganze Wiener Industriegebiet, das ist auch auf die nächstliegenden Gemeinden, erstrecken, damit die Arbeiter Gelegenheit haben, ihre Einkäufe nächst dem Arbeitsort zu besorgen. Innerhalb dieses Konsumgebietes wäre die volle Freizügigkeit der Konsumenten zu wahren und

es müßte ihnen die Wahl der Mehlabgabestelle überlassen bleiben. In diesen Stellen müßte ein Kundenbuch oder eine Kundenliste geführt werden. Ueber die Tätigkeit des Konzerns der Kaufleute liegen der Obmännerkonferenz bisher keine eingehenden Berichte vor. Es wurde mitgeteilt, daß 15 Prozent der Dotierung von den Mitgliedern des Konzerns dem Kundenverkauf zugeführt werden können. Ob der übrig bleibende Teil von 85 Prozent den Kleinhändlern zum Zwecke des Verkaufs im Kleinen zugeführt wurde, darüber fehlt der Einblick. — Auch dem Gemeinderat Dr. Hein ist es nicht sympathisch, daß nur einzelne Kaufleute mit der Mehlabgabe betraut werden sollen. Die Aufstellung in ganz kleinen Mengen bezeugt aber Schwierigkeiten. Der Konzern habe richtig gearbeitet, ohne jemand zu bevorzugen. (Der Eindruck der Bevölkerung ist ganz anders! Die Red.) — Gemeinderat Starret kann den Grundgedanken der gleichen Verteilung von Mehl durch die Mehleinkaufskarte und die Rationierung nur begrüßen. Wenn die Konsumentenorganisationen Mißtrauen hegen, so sei dieses leider nur zu begründet. Der Konzern habe sehr ungleich gewirkt. Die Konsumvereine waren schlecht bedient, denn es wurde Filialen von achthundert bis tausend Mitgliedern ein Satz Mehl zugewiesen, während daneben kleine Gemischtwarenverächleiser, die nicht den fünften Teil Kunden hatten, mehrere Sätze Mehl zugewiesen erhielten. Eingehend besprach Starret die Bildung des Kriegsverbandes, dem die Lebensmittelversorgung der Kriegsdienstleister obliegen soll und dessen Schaffung von der Militärverwaltung gefordert worden ist. Die direkte Dotierung der Konsumentenorganisation und des Kriegsverbandes, also des organisierten Konsums durch die Zentralstellen sei schon aus dem Grunde notwendig, weil der

Verteilungszuschlag.

der von der Gemeinde eingehoben wird und einer indirekten Abgabe gleichkommt, nicht vertragen werden kann. Die Konsumvereine arbeiten ohne Gewinn und schütten allfällige Gebahrungsbüchse als sogenannte Rückvergütung (Dividende) aus, in ihrer Kalkulation hat daher eine besondere Abgabe von zwei Kronen für hundert Kilogramm an die Kommune Wien überhaupt keinen Raum. Die Anordnungen, die in der Mehleinkaufskarte enthalten sind, werden die Konsumvereine ebenso wie der Kriegsverband beachten und werden sie der eingehendsten Kontrolle unterwerfen. Ausgenommen müssen aber diese Organisationen von der Bestimmung werden, daß auch sie an das Mehlabgabeamt der Stadt Wien gemietet werden. Wir machen niemand als Greislerpolitik und wollen sie durch die Allgemeinheit weder begünstigt noch benachteiligt wissen. Es kann nicht vergessen werden, daß die Wegnahme von Kunden, die in der zwangsweisen Zuweisung an eine bestimmte städtische Vögabestelle gelegen ist, zu einem Teil dem Verlust der Kundenschaft gleichkommt, die den ganzen Wert des Geschäftes repräsentiert. Deshalb scheint es angeemessener, die Konsumenten die Einkaufsstelle selbst wählen zu lassen. Bei diesem Gegenstand entwickelte sich eine lebhaftige Debatte, an der sich alle Mitglieder der Obmännerkonferenz und die Magistratsreferenten beteiligten. Die Erledigung der Vorschläge, die gemacht wurden, ist der nächsten Konferenz vorbehalten, da eine Einigung über sie nicht erzielt werden konnte. Marktdirektor Bauer besprach

die herrschende Gemüselnappheit.

Eine Abnahme der Beschickung des Marktes trete alljährlich um diese Zeit ein. Heuer habe die Zufuhr früher als in vorhergehenden Jahren abgenommen. Die Ursache sei zunächst darin zu suchen, daß der eigene Gebrauch der Produzenten größer wurde, die Nachfrage am Orte eine Steigerung erfuhr und großer Mangel an Fuhrwerk herrsche. Einen ziffermäßigen Bericht werde er in nächster Sitzung vorlegen, der Aufschlüsse über die Zufuhren und über die Preisbildung geben werde.

Deures serbisches Fleisch.

Gemeinderat Neumann teilte mit, daß auf dem Eugenplatz in Favoriten bei dem Verkauf von serbischem Rindfleisch Unzukömmlichkeiten Platz gegriffen haben, die um so bedauerlicher sind, als die Bevölkerung ohnehin wegen der Not an Lebensmitteln in steter Erregung ist. Der Verkauf von serbischem Fleisch hat erst von 9 Uhr vormittags an stattgefunden. Der Preis, den die Heeresverwaltung fixierte, der sich auch nach einer Probeschachtung ergab, sei überschritten worden, denn es mußte eine Frau für anderthalb Kilogramm zwanzig Kronen bezahlen. Es wurden zudem die Frauen grob behandelt und sie mußten eine Knochenzange hinnehmen, die die übliche Zuzug weit überschritt. Neumann forderte eine eingehende Erhebung, damit solche Vorkommnisse auf dem ohnehin heißen Boden in Favoriten vermieden werden. Außerdem forderte er, daß die Fleischgattung deutlich sichtbar deklarieren werde. Der Bürgermeister versprach, diesen Forderungen Rechnung zu tragen.